

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag.a Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Peter Florianschütz, MA MLS (SPÖ), Marina Hanke, BA (SPÖ), Nikolaus Kunrath (GRÜNE), Mag.a Aygül Berivan Aslan (GRÜNE), Mag.a Caroline Hungerländer (ÖVP), Sabine Keri (ÖVP), Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Veronika Matiassek (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 18.10.2022.

Verurteilung der gewaltsamen Niederschlagung von Frauenrechten im Iran und Unterstützung für die Demokratie- und Freiheitsbewegung im Iran

Der Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini in Teheran, Iran, am Freitag, 16. September ruft landesweite Demonstrationen und internationale Empörung hervor. Die junge Frau wurde am Dienstag davor von der sogenannten Sitten- und Religionspolizei festgenommen. Ihr wurde vorgeworfen, den Hijab „nicht ordnungsgemäß“ getragen zu haben. Anschließend starb sie in einem Krankenhaus an den Folgen der Verletzungen, die sie im Polizeigewahrsam erlitten hatte.

Seit dem gewaltsamen Tod der jungen iranischen Kurdin brachen in zahlreichen Städten große, wütende Protestwellen aus. Als Zeichen der Solidarität strömten von Teheran bis zu Aminis Heimatprovinz Kurdistan tausende Menschen – Frauen wie Männer - auf die Straßen, um ihren Unmut mit der Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte Luft zu verschaffen. An mehreren Orten wurde die Parole gerufen: „Wir fürchten uns nicht, wir sind alle zusammen.“ Als Zeichen des Widerstands rissen sich viele Frauen den Hijab vom Kopf und schnitten sich aus Protest die Haare ab.

Die fundamentalistische Mullah- Regierung unter dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi geht mit aller Härte und Gewalt gegen die regimekritischen Demonstrant:innen vor. Unzählige Frauen, Männer und Kinder sind bei den Protesten durch die iranischen Sicherheitskräfte getötet und verletzt worden. Die iranischen Sicherheitskräfte setzen zudem unrechtmäßige Gewalt gegen Demonstrierende ein, wie scharfe Munition, Schrotkugeln, Wasserwerfer und Tränengas.

1979 verordnete die ultrakonservative Islamische Republik den strengen Verhüllungszwang für Frauen in der Öffentlichkeit. Unter Präsident Raisi versuchen die Regierung sowie Hardliner im Parlament seit Monaten, die entsprechenden islamischen Gesetze strenger umzusetzen. Die Strafen für die Nicht-Einhaltung des Verhüllungsgebots sehen 10 Tage bis 2 Monate Freiheitsstrafe vor oder 74 Peitschenhiebe. Das Gesetz gilt für Mädchen ab dem 9. Lebensjahr. Die Zwangsverschleierung ist eine Verletzung der Menschen- Frauen und Kinderrechte und stellt eine massive Diskriminierung aufgrund des Geschlechts dar. Die iranische Frauenbewegung kämpft daher seit Jahrzehnten innerhalb wie außerhalb des Irans gegen das Unrechtsregime und den Zwang den Hijab zu

tragen. Nun entlädt sich der Unmut von Menschen aus dem Iran nicht nur über die staatliche Bevormundung von Frauen, sondern auch gegen die Islamische Republik selbst. Dieser Aufschrei der Demokratie und Freiheit darf keinesfalls mit Gewalt, Unterdrückung und Ausgrenzung von Seiten des Staates und der Polizei beantwortet werden. Die Menschen im Iran kämpfen gerade unter Lebensgefahr für ihre Grund- und Menschenrechte und benötigen unsere volle Solidarität.

International hat das Vorgehen Irans im Fall Aminis große Kritik hervorgerufen. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell verurteilte den Tod der jungen iranischen Kurdin im Polizeigewahrsam als „inakzeptabel“. Außerdem kritisierte die EU die gewaltsame Niederschlagung der Protestierenden und erwägt gar Sanktionen gegen den Iran. Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen übte ebenso Kritik an der Handhabung und Umsetzung der diskriminierenden Kleidungs Vorschriften für Frauen und fordert deren Abschaffung.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

In der Stadt der Menschenrechte Wien verurteilt der Wiener Gemeinderat den gewaltsamen Tod von Jîna Mahsa Amini, das menschenrechtswidrige, gewaltsame Vorgehen der nationalen Sicherheitskräfte gegenüber der Zivilbevölkerung und den Demonstrant:innen.

Weiters verurteilt Wien die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte sowie die Diskriminierung von Frauen hinsichtlich der iranischen Bekleidungs Vorschriften.

Mit Blick auf die anhaltenden, großangelegten Proteste fordert der Wiener Gemeinderat den österreichischen Außenminister auf sich weiterhin für die Demokratie- und Freiheitsbewegung im Iran sowie für Sanktionen gegenüber dem iranischen Regime stark zu machen und sich für die Rechte von Frauen im Iran einzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

18.10.2022

